



DIE LINKE

Fraktion im Dresdner Stadtrat



Oktober 2012

Haushaltsentwurf der Stadtspitze

PferdefüÙe und Verrat sächsischer Interessen

Oberbürgermeisterin Helma Orosz und Finanzbürgermeister Hartmut Vorjohann (beide CDU) haben den Haushaltsentwurf 2013/2014 vorgelegt. Das Bemerkenswerte: Die Begeisterung der CDU hält sich in Grenzen, FDP-Fraktionschef Holger Zastrow konstatiert gar „finanzpolitisch unsolide und riskante Vorschläge“.

von André Schollbach

Wichtige Projekte, wie das Kulturkraftwerk oder der dringende Neubau mehrerer Schulen und Kindertagesstätten, sind in dem Haushaltsentwurf vorgesehen. Dies ist zu begrüÙen und findet die Zustimmung der LINKEN. Jedoch leidet der Vorschlag der Stadtspitze unter erheblichen PferdefüÙen und enthält einen folgenreichen Verrat sächsischer Interessen.

Schnelles Geld durch Privatisierung

Dresden hat in den vergangenen Jahren die Energieversorgung weitgehend rekommunalisiert. Doch anstatt diesen klugen und erfolgreichen Weg konsequent bis zum Ende zu gehen, setzt die Stadtspitze jetzt erneut auf das schnelle Geld durch Privatisierung. So will sie die städtischen Anteile an der Verbundnetzgas AG (VNG) verkaufen. Doch dies ist in der gegenwärtigen Lage nicht nur wirtschaftlich unvernünftig, sondern widerspricht wesentlichen sächsischen Interessen. Denn zehn ostdeutsche Städte haben sich zusammengetan und halten gemeinsam 25,8 Prozent an der VNG. Sie verfügen damit über wichtige Minderheitenrechte, über die bislang der Konzernsitz der VNG in Sachsen gehalten werden konnte. Damit fließen natürlich auch die Steuereinnahmen hier im Freistaat. Wenn jetzt Dresden aber aus der kommunalen Familie ausbricht und seine Anteile verschachert, dann droht damit die reale Gefahr, dass die Konzernzentrale samt Steuereinnahmen verloren geht. Nach meinem Dafürhalten stünde es der sächsischen Landeshauptstadt nicht gut zu Gesicht, wenn sie ausschließlich ihre eigenen Interessen verfolgte und die übergeordneten gemeinsamen Belange der Kommunen und des Landes Sachsen außer Acht lieÙe. Der Dresdner Oberbürgermeisterin sollte es zu denken geben, dass es auch nicht wenige sächsische CDU-Politiker sind, die angesichts der aktuellen Verkaufspläne entsetzt mit dem Kopf schütteln.



Werden die Kosten steigen für die MieterInnen?

Foto: Peter Freitag, pixelio.de

Erhöhung der Grundsteuer führt zu steigenden Mieten

Neun Millionen Euro jährlich will die Stadtspitze durch eine weitere Erhöhung der Grundsteuer auf nunmehr 710 Prozentpunkte einnehmen. Diese Steuer ist einerseits insoweit gerecht, als alle Menschen abhängig von ihrer Wohnfläche zur Zahlung herangezogen werden: wer großzügiger wohnt, zahlt entsprechend mehr.

Andererseits ist jedoch zu beachten, dass gleichzeitig auch die Müllgebühren um zehn Prozent erhöht werden und die Mieten bereits deutlich gestiegen sind – im vergangenen Jahr waren es stadtweit fast vierzehn Prozent.

Wenn jetzt noch eine saftige Steuererhöhung dazu kommt, dann kann das für viele Menschen zu einem ernststen Problem werden. Denn die Erhöhung der Grundsteuer wird auf die Wohnungsmieten umgelegt, die dann entsprechend steigen. Deshalb wird DIE LINKE in den kommenden Wochen die zu erwartenden Auswirkungen einer solchen Erhöhung sowie Alternativvorschläge dazu sorgfältig prüfen.

Deutliche Unterfinanzierung laufender Aufgaben

Finanzbürgermeister Vorjohann weist im Ergebnishaushalt Überschüsse von einundneunzig Millionen Euro (2013) und dreiundsiebzig Millionen Euro (2014) aus. Diese Überschüsse kommen jedoch nur durch eine erhebliche Unterfinanzierung des laufenden Haushalts zustande. Nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE müssen die Steuereinnahmen jedoch zunächst dazu verwendet werden, wichtige Aufgaben wie zum Beispiel in den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe, Sport und kommunale Kulturförderung auszufinanzieren. Denn gerade diese Bereiche sind wesentlich für das tägliche soziale und kulturelle Leben in Dresden.

Die Fraktion DIE LINKE wird in den kommenden Wochen eine Sondersitzung sowie eine Klausurtagung durchführen, um den Haushaltsentwurf eingehend zu beraten und Alternativvorschläge zu entwickeln. Die linken Stadträtinnen und Stadträte nutzen bereits die in den vergangenen Wochen durchgeführten Bürgersprechstunden unter freiem Himmel, um Ideen und Anregungen mit den Dresdnerinnen und Dresdenern auszutauschen.

Damit Wohnen bezahlbar bleibt. DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat

Aktuelle Stunde im Dresdner Stadtrat
18.10.12 • 16 Uhr • Kulturrahaus
www.linke-fraktion-dresden.de

KURZ & KNAPP

Zeitplan für den Doppelhaushalt

27.09.2012 Einbringung des Haushaltsentwurfs in den Stadtrat durch OB Helma Orosz

Verweisung des Entwurfs an die Fachausschüsse zur Beratung

Beratungsfolge im Ratsinformationssystem im Internet: ratsinfo.dresden.de

13.12.2012 Beschluss des Stadtrates über den Doppelhaushalt 2013 / 14

DIE LINKE im Netzwerk



jetzt Fan werden und „gefällt mir“ drücken

www.facebook.com/DieLinkeDresdnerStadtrat

www.linke-fraktion-dresden.de

Genug gekürzt!

von Hans-Jürgen Muskulus

Die ständigen Debatten um das „hohe Gut“ Schuldenfreiheit und die Notwendigkeit sich auf die Investitionen in den Bereichen Kita, Schulen und Kultur zu konzentrieren, hat offensichtlich die CDU/FDP geführte Stadtverwaltung veranlasst, in einigen Bereichen des Sozialhaushalts zu kürzen bzw. überhaupt kein Geld mehr zur Verfügung zu stellen. So wurde zwar die Konzeption für die Obdachlosenarbeit verabschiedet, jedoch wurden keine Mittel für die sozialpädagogische Intervention und Betreuung bereitgestellt. Das kirchliche Angebot der Nachtsyle soll auch weiterhin allein durch die Kirchen getragen werden. Die CDU/FDP und die Bürgerfraktion lehnten eine Mitfinanzierung ab.

Von der stärkeren Unterstützung der präventiven Schuldnerberatung, damit der Verlust der Wohnung vermieden werden kann, will ich gar nicht sprechen. Weiterhin ist der Fahrdienst für Schwerbehinderte nicht ausfinanziert, das Sozialticket kann nicht mehr im bisherigen Umfang gefördert werden und die Bürgerarbeit bekommt im Plan gar nichts mehr seitens der Stadt.

Der Gemeindedolmetscherdienst ist unterfinanziert und die Orientierungshilfe für Asylbewerber kämpft ebenfalls um ihre Mittel. Es ist ein unhaltbarer Zu-



Gefährdet sind neben dem Fahrdienst für Behinderte u.a. Projekte der Obdachlosenarbeit, Bürgerarbeit, notwendige Orientierungshilfen für Asylbewerber und der Gemeindedolmetscherdienst

Foto: Uta Herbert, pixelio.de

stand, dass die CDU/FDP im Bereich der sozialen Arbeit zu Niedrigstlöhnen und prekärer Beschäftigung beiträgt. So gibt es zum wiederholten Male keinerlei Ausgleich für die Personalkosten bei den freien Trägern. Die Folgen sind bekannt. Die Angebote werden reduziert (Stundenkürzungen), die Beschäftigten erhalten frei erfundene Arbeitsentgelte, die mit einem Tarif überhaupt nichts mehr zu tun haben. Diese Situation finden wir in der sog. offenen Altenarbeit in den Seniorenbegegnungsstätten zum Beispiel, aber auch in den Beratungsstellen für Insolvenz- und Schuldnerbera-

tung, in den sozialen Feldern der Suchthilfe, der Gemeindepsychiatrie u. a.

Es gibt auch kühne Prognosen im Haushaltsplan. So wird davon ausgegangen, dass sich die Anzahl der WohngeldempfängerInnen in den nächsten beiden Jahren reduzieren wird und deshalb könne auch Personal bei der Bearbeitung der Anträge eingespart werden.

Die Diskussion und politische Auseinandersetzung um den Haushalt ist im vollen Gange. DIE LINKE im Stadtrat wird darauf achten, dass eine soziale

Kommunalpolitik betrieben wird. Wir stehen in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen. Die Anzahl älterer Hilfebedürftiger wird deutlich zunehmen. Mehrausgaben für Grundsicherung im Alter sind die Folge. Auch wenn die Zahl der Bedarfsgemeinschaften bei Hartz IV leicht zurückgegangen ist, bedeutet dies nicht, dass es zu großen Einsparungen im Sozialhaushalt kommen kann. Die Position Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) bleibt mit 111 Euro die größte Ausgabenstelle.

hans-juergen.muskulus@dielinke-dresden.de

Neues aus den Ortsbeiräten und Ortschaftsräten - Heute: Prohlis

„Aber nicht wie bei Peer Steinbrück...“

Beginnen wir mit einem plötzlichen Lacher aus dem späteren Verlauf der Prohliser Ortsbeiratssitzung. Als es um die Vergabe von Fördermitteln für Vereine und soziale Projekte im Stadtteil ging, tauchte die Frage auf, warum denn bei einem der Kostpunkte „Honorar“ vorkommt und beim anderen wohl „ehrenamtlich“ üblich sei. Nein, wurde beschlossen, der unentgeltliche Einsatz gelte bei allen, aber wenn ein Verein z.B. mal für einen öffentlichen Vortrag einen Experten einlade, dann müsse schon was gezahlt werden. „Natürlich nicht wie bei Peer Steinbrück!“ - Ein Schlaglicht auf die Wirkungsmöglichkeiten eines solchen kommunalen Gremiums. Denn, wie es ein Ortsbeirat ausdrückte, zu vergeben waren unter dem Tagesordnungspunkt „IG-Förderung 2013“ wirklich „nur kleine Knöpfe“. Trotzdem sollte es gerecht zugehen. Der Ortsbeirat hatte eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die die Förderanträge der Vereine genau abgewogen hat und einen Vorschlag einbrachte. Und die Ortsbeiräte nickten den nicht einfach ab, sondern prüften und erörterten, ob die Beträge von einigen hundert Euro den richtigen zugute kommen: Vom Verein „Querformat“, der z.B. Sozialhilfeempfänger berät und Selbsthilfestammtische veranstaltet, übers „Prohliser Frühstück“ der Kirchengemeinde und ihr „Gebasi“-Angebot für Kinder (Basteln, Singen) bis zur „Bürgerpost“, die aus Kostengründen nicht mehr gedruckt, aber wenigstens per Internet und Aushang vertrieben



Umweltschützer befürchten Kettensägenmassaker in deutschen Kleingärten
Foto: Wikimedia Commons

werden soll. Um finanzielle Hilfe für Mieten, Büro- und Sachkosten geht es da - und als Kriterium gilt, ob das Projekt Gutes für möglichst viele MitbürgerInnen, vor allem Kinder, bewirkt.

Im ersten Punkt hatte man sich mit dem Bebauungsplan für die SELGROS-Ansiedlung an der Dohnaer Straße befasst - und zwar abschließend, nachdem das Vorhaben vor etwa einem Jahr erstmalig im Ortsbeirat vorgestellt worden war. Eine ziemlich kurze Zeit für eine solche Planung; der Sprecher des Stadtplanungsamtes konnte auf gute Zusammenarbeit in der Verwaltung und mit dem Bauherren verweisen. Und die

Ortsbeiräte fanden ihre früheren Hinweise beachtet und eingearbeitet - zur Verkehrsanbindung, zum Umgang mit Bäumen und Tieren (für die zu schützenden Neuntöter und Zauneidechsen werden entsprechende Lebensräume neu gestaltet), zu archäologischen Belangen. Der Baukörper selbst wurde als „charmanter, gewerblicher Zweckbau“ vorgestellt. Fazit: einstimmige Befürwortung.

Anders und im Ergebnis leider gegenteilig verlief die Debatte zu einem interfraktionellen Antrag, den LINKE-Stadträtin Margot Gaitzsch erläuterte: Die weitere Anwendung der Gehölzschutzsatzung von 1995 bei kommunalen Vorhaben. Bekanntlich hatte der Landtag 2010 das

Fällen von Bäumen erleichtert. Nun soll sich die Stadt die alte Satzung für ihre Grundstücke und Vorhaben wieder zu eigen machen, weil damit mehr für den Baumbestand in der Stadt getan werden kann und sogar finanzielle Einnahmen möglich sind. Nach der abschlägigen Stellungnahme der Stadtverwaltung gab es auch im Prohliser Ortsbeirat (wohl im Unterschied zu anderen!) viele ablehnende Stimmen. Dresden ist schon gut in grünen Belangen, wurde gesagt; mögliche Investoren würden vielleicht abgeschreckt; evtl. würden Schul- und Kita-Bauvorhaben darunter leiden; strengere Regeln würden Unfrieden stiften. Kurzum: Die Befürworter von mehr Gehölzschutz blieben in der Minderheit.

Nicht mit einem Lacher, sondern mit einem erfreuten Lächeln wollte der Ortsamtsleiter die Beratung ausklingen lassen. Er zeigte Baupläne und Skizzen von fünf neuen Kitas für insgesamt 600 Kinder, die jetzt in Prohlis errichtet werden - kurz Container genannt, offiziell „mobile Raumeinheiten“, die aber - vor allem im Zusammenklang mit den skizzierten schönen Außenanlagen - bei weitem keine Provisorien sind, sondern Beifall fanden und die Hoffnung, dass die sehr ehrgeizigen Baupläne (In einem Jahr etwa soll das geschafft sein!) nicht durch harte Fröste o. ä. durcheinander gebracht werden.

Peter Rosse

Wandel des Wohnungsmarktes

Liberalisierung der Wohnungspolitik

Eine Analyse von Kris Kaufmann

Dresdens Stolz ist ihr Wachstum. Kehrseite dieser Entwicklung ist eine Verknappung bezahlbaren Wohnraums. Liberalisierung bundesdeutscher Wohnungspolitik und kommunalpolitische Ignoranz tragen bittere Früchte.

Historische Betrachtung

Wohnungsmärkte sind unvollkommene Märkte. Das Gut Wohnen ist immobil und kann nur begrenzt reproduziert werden: Selbst bei hoher Nachfrage können Wohnungen nur mit zeitlicher Verzögerung am Markt platziert werden. Heute liegen zwischen Baugenehmigung und Baufertigstellung mindestens zwei Jahre. Diese Trägheit führt selbst bei veränderten Investitionsstrategien in einer wachsenden Stadt wie Dresden erst allmählich zu einem wachsenden Angebot: Viele Neu- und Alt-Dresdner bekommen dies aktuell schmerzhaft zu spüren. Mit dem im Oktober 2012 beginnenden Wintersemester wird Wohnraum erneut knapper: Noch nie wurden so viele neue Studierende in Dresden immatrikuliert.

Dresden muss seinen eigenen wohnungspolitischen Weg finden

Städtische Pseudo-Schuldenfreiheit hin oder her: Der Verkauf der kommunalen Woba kam einer Komplettaufgabe kommunaler Wohnungspolitik gleich und erwies sich gleichzeitig als idealer Katalysator für Handelsgeschäfte mit Wohnimmobilien. Aktuell vollzieht sich eine ungebremste marktorientierte Wohnungsversorgung bei geringer werdender Orientierung auf gemeinnützige Aspekte unter neuen wie alten Akteuren. Steigende Gewinnerwartungen von Bestandhaltern und Privaten in einer wachsenden Stadt werden die Preisspirale weiterhin anheizen.

Wohnungspolitische Milchmädenrechnungen der CDU

Doch auch das jahrelange, verbissene Festhalten am massenhaften Abriss von größtenteils noch bewohntem Wohnraum führte zu heutigen Marktverhältnissen. Unzählige Bewohner verloren sinnlos und politisch motiviert ihre Wohnungen.

Nachdem die städtische CDU jahrelang ausschließlich mit Ideologie linke wohnungspolitische Initiativen abgeschmettert hat, sollen nun auf ihrem Parteitag mühsam zusammengetragene wohnungspolitische Lösungsvorschläge Beschlusslage werden. Erarbeitet wurde ein Überraschungsei mit erstklassigen Placebos, die bestenfalls gut vermarktete Parolen, aber mitnichten praktisch sinnvolle und damit wirkungsvolle strategische Handlungsgrundlagen darstellen. Ein knuffiger Happy Hippo unter den Zwergen.

Vorgeschlagene Lösungen sind nicht neu: Wenn mehr Bauland ausgewiesen wird, dann wird auch mehr und preisgünstiger gebaut. Klingt logisch, ist aber – kennt man die lokalen Verhältnisse – schlichtweg populistischer Quatsch: Dresden verfügt bereits heute über ein Wohnbauflächenpotential welches Raum für mehr als 20.000 neue Wohnungen bietet. Die Stadt ist damit plane-

Vom Gebrauchs- und Tauschwert einer Wohnung

Durch die öffentliche Hand geschaffene gesetzliche Rahmenbedingungen haben insgesamt einen wesentlichen Einfluss auf private Investitionsaktivitäten. Spätestens seit den 1920er Jahren kam der Wohnungspolitik die Aufgabe zu, den Antagonismus zwischen Tausch- und Gebrauchswert einer Wohnung zu regulieren. Während Nachfragende vor allem an Ausstattungsmerkmalen der Wohnung zu möglichst günstigen Preisen interessiert sind (Gebrauchswert), haben Investoren bzw. Anbieter insbesondere ein Interesse an möglichst hohen Verkaufspreisen bzw. Vermietungserlösen (Tauschwert). Verknappt sich das Angebot, steigen die Preise. Eigentlich logisch. In diesem Zusammenhang ist der Mietspiegel unter aktuellen Dresdner Verhältnissen bei Neuvermietungen längst zum Papiertiger geworden. Nicht erst ab 2013 wird er ein Spiegel dessen sein, was längst alle wissen: Das durchschnittliche Mietpreisniveau steigt beängstigend. Mir sind Mieterwechsel be-

risch bestens für die Zukunft gerüstet. Es bedarf weder einer Mehrausweisung von Wohnbauland im Flächennutzungsplan, noch des expliziten Auftrages der Stadt, Brachflächen zu reaktivieren. Letzteres ist langjährige politische Forderung und aktuelles Verwaltungshandeln. Nicht ein zu wenig an Fläche, sondern ein zu wenig an kommunaler Fläche ist das Problem. Es fehlt am politischen (CDU) sowie Verwaltungswillen (CDU), das Wenige preisgünstig auch an Schwellen Haushalte oder Bauherrengemeinschaften zu verkaufen. Hier müssen Stadt und Politik endlich ran. Das kostet politischen Willen, Arbeitskraft und Geld.

Investoren leichter Baurecht zu ermöglichen, klingt investorenfreundlich und sogar charmant. Aber auch die lokale CDU setzt mit ihren Versprechungen geltendes Recht und damit Fristen nicht außer Kraft. Nebenbei geht es nicht nur um schnell realisierte Quantitäten, sondern vor allem um nachhaltige, bedarfsgerechte und bezahlbare Qualitäten. Schon Schnatterinchen wusste: Was schnell wächst, hält sich nicht lang. Diese Stadt darf sich in sensiblen Bereichen nicht vorrangig mit Hilfe Reicher entwickeln, sondern hat eben auch einen Gestaltungsauftrag für ihre Bürger, gewachsene Nachbarschaften und ‚Problemzonen der Stadt‘.

Mehrgenerationenwohnen ist für den lokalen Wohnungsmarkt ohne Zweifel wichtig. Die Idee der Forderung öffentlicher Förderung dagegen ein uralter Hut. Seit langem gibt es seitens des Bundes und des Landes Förderprogramme; öffentliche Darlehen werden ausgereicht und bestens nachgefragt.

Neue und ehrliche Ideen sind gefragt

Was diese Stadt wirklich braucht, sind ehrliche, teils kleinteilige, kreative und gleichzeitig integrierte Lösungen für hier Wohnende und solche, die hier

kennt, bei denen das Mietniveau um zwei Euro/qm stieg. Die lapidare Auskunft des Vermieters war: ich kann es mir leisten. Und er hat leider Recht. Aber warum?

Regional verfehlte Wohnungspolitik des Bundes und des Landes Sachsen

Die Liberalisierung der staatlichen Wohnungspolitik begann im Jahr 2002. Das den sozialen Wohnungsbau begründende II. Wohnungsbaugesetz wurde durch das heute aktuelle Wohnraumförderungsgesetz abgelöst. Ab 2006 wurde Wohnungspolitik – und damit die Regelungskompetenz der Wohnraumförderung – zur Ländersache. Seitdem fließen jährliche Kompensation für die Bewältigung der ‚neuen Aufgaben‘ in Höhe von 518 Mio. Euro in die Länder. Ein fetter Batzen könnte man meinen. Im CDU-geführten Sachsen ist damit endgültig die Möglichkeit einer direkten Wohnraumförderung dem geförderten Abrissprogramm ‚Stadtumbau‘ gewichen. Bereits

im Jahr 2002 wurde die mietpreis- und belegungsgebundene Wohnraumförderung in Sachsen abgeschafft. Seitdem sank der so genannte ‚Sozialwohnungsbestand‘ dramatisch. In Dresden fallen nach eigener Schätzung aktuell ca. 10.000 Wohnungen unter den so genannten ‚Sozialstatus‘, Tendenz fallend. Zusätzlich – größtenteils räumlich konzentriert – sind 10.000 Wohnungen im Bestand der Gagfah. Insbesondere hier ist das Problem der sozialen Segregation hausgemacht und wird totgeschwiegen.

Insgesamt hat sich die öffentliche Wohnungspolitik – wird von der Übernahme der KdU und Wohngeldauszahlungen einmal abgesehen – Schritt für Schritt aus der direkten Wohnraumförderung von einkommensschwächeren Haushalten zurückgezogen. Gestärkt wurden dagegen Steuervergünstigungen von Investoren und Maßnahmen der Eigentumsförderung privater Haushalte.



Dresden braucht ein seitens des Freistaates gestütztes, öffentliches Wohnungsbauprogramm. Unsere wohnungspolitische Forderung lautet, genau dort öffentlich zu investieren, wo ... sozialer und baulicher Gestaltungsbedarf besteht.

Stadtentwicklungsexpertin Kris Kaufmann

wohnen bleiben wollen oder im Begriff sind, in Dresden anzukommen. Zukünftig darf es nicht um die oberen Zehntausend gehen, die neue Eigentumswohnungen erwerben, in ihr Portfolio übernehmen oder beziehen wollen. Diese Akteure braucht die Stadt zweifelsfrei, doch für die wird bereits gebaut.

Unsere Forderungen und Überlegungen

Kommunale Wohnungspolitik muss Breitenwirkung entfalten und auch jenen Haushalt erreichen, der gern auch bei einem Kind mehr in Dresden leben bleiben würde, wenn er denn eine bezahlbare Wohnung finden würde. Der als Senior Mehrgenerationenwohnen skeptisch gegenüber steht, aber dennoch barrierefrei und von seiner Rente bezahlbar leben möchte. Es geht um den jungen Vater, der Angst hat, in eine der städtisch stolz verkündeten 10.000 Belegungswohnung der Gagfah zu ziehen. Von denen er – und wir alle – wissen, dass in den nächsten Jahren zwar viel Geld raus, aber keine Investitionen rein fließen werden.

Dresden braucht ein seitens des Freistaates gestütztes, öffentliches Wohnungsbauprogramm. Unsere wohnungspolitische Forderung lautet, genau dort öffentlich zu investieren, wo augenscheinlich keine privaten Gewinne verteilt werden können, aber sozialer und baulicher Gestaltungsbedarf besteht. Wenn Menschen aus ihren Nachbarschaften gedrängt werden, wenn Indices Alarm schlagen, darf eine Stadt wie Dresden nicht weiter hilflos mit den Schultern zucken und einen Akteur wie die Gagfah vors Loch schieben.

Wir benötigen ein Konzept, um zukünftig ein neu gebautes und sozialen Bedarfen gerecht werdendes Angebot an Wohnraum für eine wachsende aber sich zunehmend polarisierende Stadt zu schaffen. Was wir brauchen sind Initiativen, die (Mit-)Gestaltungskraft versprechen. Das geht nur mit verlässlichen Partnern, Sachverstand und Herz, Mut und Kreativität sowie endlich einem umfassenden strategischen Diskurs.

Nach unseren Überlegungen beginnt dies bei Planungssicherheiten für viele kleine Wohnprojekte. Egal ob bei Erwerb von Grundstücken, alten Häusern oder Brachen. Genau diese kleinen Lückenschlüsse bieten Chancen der Entlastung in allen Quartieren: Entlastung durch soziale Durchmischung und Entlastung des Wohnungsmarktes.

Auch das Thema Erbbau für Familien zu Wohnzwecken sollte ein Mosaikstein einer neuen Strategie sein und genauso selbstverständlich diskutiert werden, wie die strategische Selbstverpflichtung der Stadt, in jedem neu aufzustellenden Bebauungsplan erst Wohnnutzungspotentiale zu prüfen.

Jegliche private Initiativen zur Stadtentwicklung sind dann zu fördern, wenn ein Mehrwert für die Anwohner entsteht, die Gründung von Wohnstandortgemeinschaften ist zu prüfen. Und last but not least ist auch der Aufbau eines neuen kommunalen Wohnungsunternehmens ein kleiner aber immens wichtiger Baustein für eine soziale Wohnungsmarktentwicklung.

Zur Forsythe-Abstimmung

Zwischen Spitze und Breite – Dresden als Tanzstadt

von Annekatri Klepsch

Eigentlich sollte es aus Sicht der Verwaltung, der Oberbürgermeisterin und des Kulturbeauftragten einfach so weiterlaufen. Der Choreograph William Forsythe, gebunden in einem Vertrag von vier Partnern, als „Künstler in Residence“ im Europäischen Zentrum der Künste Hellerau (EZK) mit 25 Aufführungen jährlich im Festspielhaus. Doch es ging nicht einfach weiter, weil Kultur- und Finanzausschuss des Stadtrates die Dinge näher betrachten wollten, anstatt erwartungsgemäß die Vertragsverlängerung für 1,5 Mio. Euro jährlich durchzuwinken. Was war der Grund?

Es existierten verschiedene Zweifel seitens der Stadträte hinsichtlich der Kosten, der Vertragserfüllung, des kulturellen Mehrwertes für die Stadt Dresden. Dass die 1,5 Mio. Euro jährlich, entgegen aller Behauptungen der FDP, bei Nichtverlängerung der Stadt Dresden nicht zur Verfügung gestanden hätten, sondern über den Hauptstadtkulturvertrag an den Freistaat fließen, dürfte sich herumgesprochen haben. Mit 10,5 Mio. Euro jährlich ist die Stadt an der Finanzierung der in Dresden ansässigen Landeseinrichtungen (Staatsschauspiel, Staatsoper) und ausgegliederten Einrichtungen (Stiftung Deutsches Hygienemuseum, Verkehrsmuseum) beteiligt. Im Fall einer Nichtverlängerung des Forsythe-Vertrages, so heißt es, wären die 1,5 Mio. Euro der Stadt



Das Festspielhaus Hellerau

Foto: Wikimedia Commons

auf das Staatsschauspiel angerechnet und diesem wiederum durch den Finanzminister abgezogen worden. Dresden wäre um ein international leuchtendes Kunstprojekt ärmer gewesen.

Von verschiedenen Seiten kam die Aufforderung, die Forsythe-Verlängerung solle künstlerisch bewertet werden. Es wurden fürsprechende Stellungnahmen verfasst, u.a. durch die Direktoren der Palucca-Hochschule, der Staatlichen Kunstsammlungen und des Militärgeschichtlichen Museums. Doch ist es Aufgabe und Kompetenz eines Kommunalparlaments, über die künstlerische Qualität eines Choreographen zu urteilen? Und ist es darüber hinaus Aufgabe der Stadt Dresden, Netzwerk-

arbeit und künstlerische Kooperationen zwischen Landes- und Bundeseinrichtungen zu finanzieren? Die Ausbildung von internationalem Tänzernachwuchs an der Palucca-Hochschule für Tanz ist schließlich eine Aufgabe des Freistaates.

Ist es nicht im Gegenteil vielmehr die Pflicht der StadträtInnen zu fragen und zu prüfen, an welcher Stelle die Stadt und die in Dresden ansässige Tanzszene vom Wirken des Künstlers profitieren? Gerade weil es für die Kunststadt Dresden eine Chance ist, die von Dalcroze, Wigman und Palucca begonnene Tanzgeschichte fortzuschreiben? Vom Tanzen und Choreographieren können in Dresden nur sehr wenige professionelle TänzerInnen existieren, sie sind

auf die bescheidenen Projektförderungen aus dem Kulturretat der Stadt und des Bundes angewiesen. Das bundesfinanzierte Projekt „Tanzplan“ ist ausgefallen und umso wichtiger wäre es, mit der kommunalen Kulturförderung nicht nur Dresden als Stadt der Musik und des Barock gerecht zu werden, sondern das Neue, Unbekannte zu fördern. Doch dafür ist der Etat der Projektförderung im Kulturbereich deutlich zu klein. Die Fraktion DIE LINKE hat im Stadtrat Marita Matzk als Vertreterin des Tanznetz Dresden, einer Plattform Dresdner freischaffender TänzerInnen, zur Forsythe-Verlängerung sprechen lassen (www.tanznetz-dresden.de) und sich bei der Abstimmung enthalten, um das zukünftige Arbeiten Forsythe in Dresden nicht zu verhindern, jedoch auch ein Zeichen für die Dresdner Tanzszene zu setzen.

Nachtrag: Die CDU und ihre OB haben im Haushaltsentwurf 2013/14 kein zusätzliches Geld für die freie Kulturszene und die Projektförderung eingeplant, jedoch jeweils zusätzlich 350.000 Euro (2013) für die Musikfestspiele, 10.000 Euro für die Busmannkapelle, 30.000 Euro für die Gedenkstätte Bautzner Straße und 5 Mio. Euro für den Neubau des Kreuzchor-Alumnats. www.dresden.de/de/02/035/haushalt/buergerhaushalt.php

annekatrinklepsch@dielinke-dresden.de

LINKE-Büro von Nazis angegriffen

In der Nacht vom 27. zum 28. September haben bislang unbekannte Täter das Wahlkreisbüro der Dresdner LINKE-Politiker Annekatri Klepsch und André Schollbach mit Steinen sowie Sprühfarbe angegriffen und dabei erheblichen Sachschaden angerichtet. Ein Fenster und die verglaste Eingangstür des Büros wurden mit großen Steinen beworfen und gingen zu Bruch. Zusätzlich wurden Fenster und Tür mit einem Hakenkreuz und einem Keltenkreuz beschmiert. In derselben Nacht wurden mit gleicher Farbe auf dem weit gelegenen Annenfriedhof mehrere Grabmale mit Hakenkreuzen, Pentagrammen und Keltenkreuzen beschmiert. Annekatri Klepsch äußerte dazu: „Erkennbar ist, dass die Neonazis sich immer mehr auf eine Strategie der Gewalt verlegen. Die Vorkommnisse in den letzten Wochen sprechen eine deutliche Sprache.“ In Sachsen waren mehrfach Büros und Infostände der LINKEN von Nazis angegriffen worden. LINKE-Fraktionschef André Schollbach sagte dazu: „Die Polizei sollte die Geschehnisse sehr ernst nehmen und in Gebieten mit verstärkten Nazi-Aktivitäten mehr Präsenz zeigen. Davon abgesehen werden wir uns jedoch von der Gewalt der Neonazis nicht einschüchtern lassen und unsere Büros selbstverständlich weiter betreiben.“ (Red.)

Bereits vor 17 Jahren wurde der Beschluss zur Zentralhaltestelle auf der Kesselsdorfer Straße verabschiedet

Im Westen nichts neues

von Dr. Rosemarie Griese



Foto: kdV

Im Sommer dieses Jahres wurde eine Unterschriftenaktion durchgeführt. Im Ergebnis konnten Baubürgermeister Jörn Marx durch die Landtagsabgeordnete Dr. Eva-Maria Stange, Stadtrat Axel Bergmann und mir als Vorsitzenden der Bürgerinitiative „Pro Boulevard“ über 1.100 Unterschriften übergeben werden.

Wie kam es dazu?

Seit 1994 gibt es einen Stadtratsbeschluss zum Bau einer autofreien Zentralhaltestelle. Nach 17 (!) Jahren wurde er Anfang 2011 erneuert. Zur Umsetzung hat sich bis heute nichts Wesentliches getan. Jetzt steht die Haushaltsdebatte 2013/14 an. Wenn wieder keine Gelder eingestellt werden, verschiebt sich der Umbau um weitere zwei Jahre oder mehr.

Die AkteurInnen in Löbtau Süd waren sich einig, dass etwas geschehen muss. Ziel ist es, auf die CDU-geführte Stadt-

verwaltung und die konservativen Fraktionen im Stadtrat Druck aus zu üben. Mit ihren Unterschriften bekräftigen die BürgerInnen ihre Forderung nach einer baldigen Beseitigung eines der größten Unfallschwerpunkte in der Stadt.

Für mich war eine aktive Mitwirkung an dieser Aktion selbstverständlich. Ebenso für Dr. Rainer Kempe (Mitglied der BI) und Albrecht Koenitz (Vorsitzender des Ältestenrates). Beiden Genossen dafür herzlichen Dank. Am Ende der Aktion konnte ich über 300 von uns gesammelte Unterschriften in das gemeinsame Vorhaben einbringen. Wünschenswert wäre eine aktivere Beteiligung des Ortsvorstandes Dresden-West gewesen.

Fazit: Die Unterschriftensammlung war eine gemeinsame Aktion von SPD und VertreterInnen der LINKEN.

Gemeinsam haben wir die unmittelbaren Interessen der BürgerInnen zum Ausdruck gebracht und sollten uns auch zukünftig auf weitere gemeinsame Aktionen konzentrieren.

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. André Schollbach
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeit an dieser Ausgabe: André Schollbach, Peter Rosse, Kris Kaufmann, Annekatri Klepsch, Dr. Rosemarie Griese, Hans-Jürgen Muskulus
Fotos: pixelio.de, Max Kretzschmar

DIE LINKE, im Dresdner Stadtrat
Rathaus • 1. Etage • Zimmer 176
Dr.-Külz-Ring 19 • 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
Bürgertelefon: 0351 - 488 2822